

Politik und Religion in den USA

Der europäische Tourist, der die Vereinigten Staaten bereist, wird vor allem zwei Eindrücke mit nach Hause nehmen: die ungeheure Weite des Landes und die Vielfalt der Menschen, die dort leben. Im Vergleich zu den meisten europäischen Ländern oder auch zu Deutschland erscheint die amerikanische Nation stark segmentiert und zersplittert. Diese Segmentierung ist ethnischer, aber auch kultureller, religiöser, ökonomischer und politischer Art.

Ethnisch gesehen sind die USA ein höchst heterogenes Land: Die europäischstämmigen weißen Amerikaner bilden heute 74 Prozent der Bevölkerung. Afroamerikaner, mehrheitlich Nachfahren der afrikanischen Sklaven, stellen etwas mehr als 13 Prozent Bevölkerungsanteil. Vor allem im Südwesten der USA und in Florida gibt es eine große Bevölkerungsgruppe lateinamerikanischer Herkunft (Latinos). Sie wuchs in den letzten Jahrzehnten stetig auf heute 13 Prozent¹, weil viele Lateinamerikaner vor der wirtschaftlichen Not ihrer Heimatländer in den Norden fliehen. Sie leben oft als illegale Einwanderer und halten stark an ihrer Kultur und Sprache fest. Asiatische Einwanderer (z. B. aus China, Japan und Korea) bilden mit vier Prozent der Bevölkerung eine relativ kleine Gruppe.

Die religiöse Landschaft wird zwar mit 78 Prozent eindeutig von den Christen dominiert. Juden, Muslime und Buddhisten folgen mit weitem Abstand. Innerhalb der christlichen Glaubensgruppe gibt es jedoch eine große Bandbreite an Kirchen unterschiedlicher religiöser Richtungen. Die römisch-katholische Kirche ist mit rund 67 Millionen Gläubigen die größte geschlossene christliche Glaubensgemeinschaft; die Protestanten umfassen zusammengekommen jedoch fast zwei Drittel aller Christen in den USA. Diese spalten sich in viele einzelne religiöse Gruppen auf. Baptisten, Pfingstkirchen und Lutheraner haben die meisten Mitglieder, dann folgen unzählige Klein- und Kleinstdenominationen.

Im sozialen und wirtschaftlichen Bereich gibt es höchst problematische Ungleichheiten: Während sich der wohlhabende Mittelstand in die Vorstädte zurückzieht, wird in den Innenstädten die sichtbare Armut immer größer. Große Unterschiede zeigen sich vor allem in der Sozialstruktur zwischen weißer und schwarzer Bevölkerung: Afroamerikaner haben im Durchschnitt ein geringeres Einkommen, eine kürzere Lebenserwartung, eine schlechtere Ausbildung, eine höhere Kriminalitäts- und Hinrichtungsrate. Nicht nur in den Südstaaten sind Wohngegenden und nichtöffentliche Einrichtungen – wie Kirchen oder private Organisationen – oft faktisch noch nach Rassen getrennt, wenn auch die formale Trennung inzwischen

ungesetzlich ist. Vielfach liegt dies ebenfalls an den ökonomischen Unterschieden, aber auch an traditionellen und festgefügtten Vorurteilmustern in den jeweiligen Ethnien bzw. Bevölkerungsgruppen.

Diese Segmentierung der Gesellschaft findet ihre Entsprechung im politischen System der Vereinigten Staaten. Der Staat selbst ist kein zentralistischer Einheitsstaat, sondern gegliedert in relativ selbständige Bundesstaaten; es gibt ein System von wechselseitigen Kontrollinstanzen („checks and balances“), das die politische Macht auf verschiedene Träger verteilt. Im Amt des Präsidenten ist viel politische Macht konzentriert. Aber – was viele Europäer übersehen – der Präsident steht einem mächtigen Parlament gegenüber, das durchaus in der Lage ist, die Politik im Weißen Haus zu konterkarieren.

Angesichts dieser differenzierten Wahrnehmung der US-amerikanischen Bevölkerung, drängt sich die Frage nach dem einigenden Element auf: Was hält diese vielfarbige und vielgestaltige Gesellschaft, zergliedert in zahlreiche politische Einheiten, was hält den Staat, was hält die Nation der USA überhaupt zusammen? Was verbindet die Amerikaner trotz ihrer Verschiedenheit untereinander, so daß sie sich als *Amerikaner* erkennen und erfahren und eben nicht nur als Angehörige verschiedener gesellschaftlicher Gruppen?

Die Antwort ist ebenso einfach wie überraschend: Es ist eine Art „politische Religion“, welche die Einwohner der USA zu Amerikanern macht. Ihr kommt im Alltag und in der Politik eine Bedeutung zu, die anderen Nationen fremd ist und diese manche Phänomene amerikanischer Politik – auch der Außenpolitik – nicht verstehen läßt. Sie beruht auf bestimmten Glaubenssätzen, ist mit Ritualen und Symbolen umgeben und erfährt eine so enthusiastische Verehrung, daß man sie auch schon als „Zivilreligion“ bezeichnet hat.

Das besondere Verhältnis von Politik und Religion in den USA soll im folgenden vorgestellt werden. Zunächst wird skizziert, wie sich in den USA Politik und Religion in Form einer Zivilreligion begegnen. Zweitens geht es dann um religiöse Aspekte in der Außenpolitik der USA. Drittens wird analysiert, welche historischen Erfahrungen zu diesen Phänomenen geführt haben. Der letzte Teil beschäftigt sich schließlich mit den Religiösen in der Politik, der sogenannten „Christlichen Rechten“.

Die amerikanische Zivilreligion

Verfassungsrechtlich gesehen, sind die USA ein säkularer Staat. Die Verfassung der USA von 1787 legt in Art. VI fest, daß „niemals der Nachweis einer Religionszugehörigkeit als eine Voraussetzung für ein Amt oder eine öffentliche Vertrauensstellung unter der Hoheit der Vereinigten Staaten verlangt werden“ darf. Der erste Verfassungszusatz (1791, Bill of Rights) fügte die besondere Garantie religiöser

Freiheit hinzu: „Der Kongreß darf kein Gesetz erlassen, das die Einführung einer Staatsreligion zum Gegenstand hat oder die freie Religionsausübung verbietet.“

Der dritte Präsident Thomas Jefferson interpretierte diese Klausel im Jahr 1802 so, daß dadurch eine „Trennungswand“ zwischen Kirche und Staat errichtet worden sei. Dieser Auffassung hat sich der Oberste Gerichtshof (Supreme Court) der USA in mehreren Urteilen angeschlossen². Das grundlegende Prinzip seiner Rechtsprechung ist, der Regierung nicht zu erlauben, sich in religiöse Fragen einzumischen oder eine Staatskirche zu etablieren. So hat der Supreme Court zum Beispiel in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts das von Lehrern und Schülern gemeinsam gesprochene Schulgebet in öffentlichen Schulen verboten.

Politik und Religion sind jedoch in den USA keineswegs voneinander isolierte Sphären. Zwar sind Staat und Kirchen verfassungsrechtlich streng voneinander getrennt, aber von jeher hat die Religion einen großen Stellenwert auch in politischen Fragen besessen. Nach Umfragen halten fast zwei Drittel der US-Bürger Religion für „sehr wichtig“ in ihrem Leben. Nach einer Umfrage des „Pew Forum on Religion & Public Life“ im August 2007 sind 69 Prozent der US-Bürger der Ansicht, der US-Präsident müsse starke religiöse Überzeugungen haben³. Diese Haltung ist nicht neu: Der Franzose Alexis de Tocqueville stellte bereits 1835 in seinem noch heute vielfach zitierten Bericht „Über die Demokratie in Amerika“ fest, daß hier „die Religion ... mit allen nationalen Gewohnheiten und mit fast allen vaterländischen Gefühlen“⁴ verbunden sei.

Der Soziologe Robert N. Bellah prägte vor diesem Hintergrund den Begriff einer amerikanischen „Zivilreligion“⁵, in der die Vorstellung einer „Nation unter Gott“ („one nation under God“) für die Bürger identitätsstiftend wirke. Im öffentlichen Raum wird der religiöse Charakter dieser besonderen Form des Patriotismus deutlich: So erfährt die Fahne überall eine fast sakrale Verehrung; die Unabhängigkeitserklärung und die Verfassung werden in der Hauptstadt Washington wie in einem Schrein aufbewahrt, und überlebensgroße Monumente erinnern an „Heilige“ und „Märtyrer“ der amerikanischen Geschichte.

In Sinn der amerikanischen Zivilreligion werden die USA als ein System gemeinsamer ideeller Prinzipien und Tugenden porträtiert, als eine Nation, die einen besonderen weltgeschichtlichen Auftrag zu erfüllen habe bei der Durchsetzung von Freiheit, Gleichheit und Demokratie. Schon James Madison, einer der Gründerväter der USA, bezeichnete 1788 die Verfassungsdiskussion als einen politischen Prozeß, der die „göttliche Verheißung“ erfüllte. Im 19. Jahrhundert verglich der Schriftsteller Herman Melville, Autor des berühmten „Moby Dick“, die Amerikaner mit den biblischen Stämmen Israels: „das besonders erwählte Volk ... das Israel unserer Zeit“⁶.

Die amerikanischen Präsidenten wirken gleichsam als Hohepriester dieser quasi-religiösen Selbstinterpretation. Dazu gehört zum Beispiel das gewissermaßen „monarchische“ Auftreten des Präsidenten, das von einem erstaunlichen, symbol-

haften Zeremoniell umgeben ist. Vor allem aber die Reden amerikanischer Präsidenten haben zivilreligiöse Inhalte. Bei ihren Antrittsreden sind zivilreligiöse Inhalte sogar zu einem zentralen Gegenstand geworden; die Präsidenten legen damit gleichsam im Namen des ganzen Landes ein rituelles Glaubensbekenntnis ab. Der Präsident präsentiert sich dabei als Sprecher der Nation, der den kollektiven Willen verbalisiert. Gezielt wird mit religiösen Symbolen und Metaphern an das Wahlvolk appelliert. Darüber hinaus enthalten viele Reden aber auch ausdrücklich religiöse Elemente und Passagen, die über das rein Metaphorische deutlich hinausgehen. Kaum eine Ansprache endet ohne das obligatorische „God bless America!“ Nicht nur Prediger wie Martin Luther King oder Jesse Jackson zitierten gern und häufig aus der Bibel. Der Katholik John F. Kennedy trug in seiner Antrittsrede einen Vers aus dem Buch des Propheten Jesaja vor. Ronald Reagan porträtierte die USA 1974 in einer Rede vor der „Conservative Political Action Conference“ als „City upon a Hill“, eine Metapher für das biblische Jerusalem⁷.

Solche religiösen Bezüge sind nicht nur für die Wählerklientel der christlich-fundamentalistischen Bewegungen, sondern auch für den Durchschnittsamerikaner von Bedeutung. Religiöse Redepassagen sind deshalb nicht etwa Ausdruck der individuellen religiösen Haltung des Redners, sondern sollen integrierend wirken, indem sie an die religiöse Grundhaltung vieler Amerikaner appellieren.

Religion und Außenpolitik

Die Tatsache, daß die Idee „Amerika“ eine derart religiöse Verehrung erfährt und durch Rituale und Symbole den Alltag jedes US-Bürgers berührt, hat natürlich auch Rückwirkungen auf die Amerikaner selbst. Die meisten europäischen Beobachter der USA waren sich wie Alexis de Tocqueville schon im 19. Jahrhundert darin einig, daß die politischen Wertvorstellungen der Amerikaner einen besonderen politischen Denk- und Verhaltensstil erzeugt haben, der sich von dem der Europäer deutlich unterscheidet. Dennis Brogan, ein englischer Journalist, der in den 30er Jahren als Korrespondent in den USA lebte, beschrieb diese besondere politische Verhaltensweise der Amerikaner als „American Character“⁸, der sie innenpolitisch und außenpolitisch nach anderen Grundsätzen handeln lasse als die Europäer.

Was er damit gemeint hat, wird in einer Kongreßrede deutlich, die der frühere Präsident George H. W. Bush 1989 hielt. Er erinnerte die Abgeordneten und Senatoren an die gemeinsame Aufgabe der Amerikaner, den Fortschritt zu fördern und zitierte Abraham Lincolns Auffassung, daß der Mensch verpflichtet sei, nicht nur seine eigenen Umstände zu verbessern, sondern auch dazu beizutragen, daß sich die Lage der ganzen Menschheit verbessere. Dies sei eine allgemeine Mission, zu der er alle Amerikaner aufrufe, denn sie mache den amerikanischen Charakter aus.

Die Wirkung religiöser Vorstellungen gegenüber dem Staat ist demnach auch und vor allem in der Außenpolitik der USA zu suchen. Weil die Amerikaner zutiefst von der Richtigkeit und Gültigkeit ihrer Werte überzeugt sind und weil sie ihr Wertekonzept als normative Idee mit universalem Anspruch verstehen, sind sie zugleich davon überzeugt, daß dieses Konzept weltweit verwirklicht werden müsse. Auf einer Wandinschrift in den Gängen des Washingtoner Kapitols wird an die Worte Franklin D. Roosevelts erinnert: „Wir verteidigen und errichten eine Lebensart nicht nur für Amerika allein, sondern für die ganze Menschheit.“ George W. Bush bemerkte während seiner Wahlkampagne im Jahr 2000 in einer Rede vor der jüdischen Organisation B'nai B'rith: „Unsere Nation ist von Gott auserwählt und von der Geschichte beauftragt, ein Modell für die ganze Welt zu sein.“ Bei feierlichen Anlässen, zum Beispiel bei der Amtseinführung der Präsidenten, wird Gott ausdrücklich um Hilfe angerufen, um die Mission der Vereinigten Staaten erfüllen zu können. Und immer wieder ist in der amerikanischen Geschichtsschreibung der Kreuzzugsgedanke aufgetaucht, etwa im Ersten Weltkrieg, der von den Amerikanern auch als ein Krieg gegen die „Tyrannei“ der europäischen Monarchien geführt wurde.

Der Traum von einer weltweiten Demokratie, der Drang, allen Menschen der Welt die Ideale Amerikas bringen zu wollen, hat zweifellos eine aggressive Seite. Zuerst bekamen dies die indigenen Völker zu spüren, für die die „Missionierung“ zu Unterdrückung und Untergang führte. Als einzig verbliebene Supermacht besitzen die USA heute das militärische Potential, um ihren Missionsauftrag auch global erfüllen zu können. Dies führt nicht selten zu Kritik. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß die weltweite Verbreitung der Demokratie im 20. Jahrhundert nicht zuletzt auf dem demokratischen Missionseifer der USA beruhte. Die Tatsache, daß sich Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer stabilen Demokratie entwickeln konnte und daß Westeuropa und andere Weltregionen im Kalten Krieg gegen die ideologische und militärische Bedrohung verteidigt werden konnten, ist letztlich dem Engagement der Amerikaner zu verdanken.

Religiöse Wurzeln der amerikanischen Verfassung

Die politischen und ideengeschichtlichen Wurzeln der Verfassung der USA sind vielgestaltig. Seit den Tagen Alexis de Tocquevilles wurde der Liberalismus als die wichtigste ideengeschichtliche Quelle der US-amerikanischen Verfassung angesehen. Louis Hartz stellte 1955 die bekannte These auf, in den USA triumphierte ein gleichsam „natürlicher Liberalismus“⁹ ohne den sozialen Antagonismus Europas. Der Liberalismus sei nicht nur die Grundlage der demokratischen Entwicklung der US-amerikanischen Verfassungsgeschichte, sondern zugleich eine Quelle nationaler Identität.

Neben Zustimmung fanden Hartz' Thesen auch Widerspruch. So hat John G. A. Pocock auf die Bedeutung der republikanischen Tradition für das amerikanische politische Denken hingewiesen¹⁰. Auch Bernard Bailyn und Gordon Wood argumentierten, daß die „founding fathers“, die Gründerväter, stärker von republikanischen als von liberalen Ideen beeinflußt gewesen seien¹¹. Rogers Smith schließlich machte in seinen Arbeiten auf den „ascriptive Americanism“ und den mit ihm verbundenen Rassismus aufmerksam. Damit ist gemeint, daß viele Amerikaner – trotz ihres Bekenntnisses zum universalen Anspruch von Freiheit und Demokratie – gewissermaßen schon mit der Einstellung „geboren“ seien, als Amerikaner eben *bessere* Demokraten zu sein als andere Völker. Dies müsse, so zitiert Manfred Bocker, als eine „oft unterschlagene, gleichwohl ebenfalls wirkmächtige antiliberalen Strömung innerhalb der amerikanischen politischen Kultur, ... als eigenständige persistente ideologische Tradition angesehen werden“¹². Die Tocqueville-These, so Smith, versäume es, die inegalitären Ideologien und Bedingungen der Gründungsgeschichte der USA zu berücksichtigen, die die Revolution mindestens ebensotief beeinflußt hätten wie der Liberalismus.

Die Vorgeschichte der USA ist neben diesen liberalen und republikanischen Strömungen zugleich eine Geschichte religiös motivierter Siedlung und Staatsgründung. Weitere wichtige Traditionslinien der amerikanischen Identität sind daher der Calvinismus und der Puritanismus des 17. und 18. Jahrhunderts. Die „Pilgrim Fathers“ segelten 1620 auf der Mayflower über den Atlantik und gründeten die Kolonie Plymouth im heutigen Massachusetts. Die „Pilgerväter“, gehörten einer besonders radikalen Strömung im englischen Puritanismus an, die sich von der Church of England losgesagt hatte und eine absolute Gemeindeautonomie einforderte. Es kam zur Verfolgung durch die englische Staatskirche, der sich etwa 100 Pilger zunächst durch eine Flucht nach Holland, und dann durch eine Seereise nach Amerika entzogen. Im November 1620 gingen sie im heutigen Massachusetts vor Anker. Da sie keine offizielle Ermächtigung hatten, das Gebiet zu kolonisieren, gaben sie sich ihre eigene Satzung, die als Mayflower-Vertrag („Mayflower Compact“) bekannt wurde. Darin legten sie unter anderem fest, daß sie eine sich selbst regierende Gemeinschaft bilden wollten.

Die puritanischen Pilgerväter waren nach Amerika gekommen, weil sie ihre religiösen Vorstellungen ungehindert verwirklichen wollten. Während sie aber im alten England noch darum gekämpft hatten, als Minderheit geduldet und anerkannt zu werden, also für sich die Gedanken der Gleichheit und Toleranz in Anspruch nahmen, kam es ihnen in der Neuen Welt auf das genaue Gegenteil an: Die Puritaner von Massachusetts versuchten dort, ihre Lehren von Erbsünde, Prädestination und kontrollierter Lebensführung in eine politische Ordnung umzusetzen. Der Zweck der ersten Kolonie in Neu-England bestand zunächst hauptsächlich darin, die Reinheit der puritanischen Lehre zu erhalten. Das Bürgerrecht erhielt in diesem theokratischen System schon seit 1630 nur derjenige, dessen Rechtgläubigkeit erwiesen war. Die bürgerlichen Rechte wurden also von der religiösen Qualifikation abhängig gemacht.

Das religiöse und politische Programm der Puritaner hatte jedenfalls wenig Ähnlichkeit mit dem, was heute die amerikanische Mentalität ausmacht. Erstaunlicherweise war es aber gerade der religiöse Fundamentalismus dieser englischen Siedler, der schließlich zur Demokratisierung der ersten politischen Ordnungen auf amerikanischem Boden führte. Wer nämlich in den Puritanergemeinden die Bürgerrechte und die damit verbundenen wirtschaftlichen Vorteile wahrnehmen wollte, war gezwungen, sich ihrer Glaubensrichtung anzuschließen. Und umgekehrt brauchte man in den Kolonien zur Besiedlung und wirtschaftlichen Entwicklung auch dringend Einwanderer, so daß man es sich nicht leisten konnte, auf Dauer die Hürde für die Gewährung von Bürgerrechten zu hoch zu setzen.

Tatsächlich wurden im Lauf der Zeit immer mehr Personengruppen mit eher zweifelhafter religiöser Qualifikation von den Puritanergemeinden aufgenommen, was einerseits immer mehr Siedler in den Genuß der Bürgerrechte brachte, andererseits zu einer Liberalisierung der Religion führte. Dagegen rebellierten wiederum die Fundamentalisten, die an den strengeren Maßstäben festhielten und sich in anderen, exklusiveren Zirkeln zusammenschlossen. Es kam also zu einer unbeabsichtigten Pluralisierung, die sich mit den Erweckungsbewegungen der Baptisten und Methodisten, welche sich *gegen* die religiöse Kontrolle durch die Gemeinde wandten, im 18. Jahrhundert noch weiter verstärkte¹³.

Dieser gescheiterte Versuch zur Etablierung eines puritanischen Regiments in Neu-England, die anschließende Revision der Zugangsbedingungen und die dadurch wiederum ausgelösten Gegenbewegungen haben demnach dazu geführt, daß sich bis zum Ende des 18. Jahrhunderts alle protestantischen Amerikaner als gleichberechtigt qualifizierte Bürger fühlen konnten – schließlich waren die ersten Siedler fast ausschließlich englische Protestanten –, und gleichzeitig wurde die historische Erkenntnis befördert, daß Toleranz gegenüber Andersdenkenden notwendig sei. Der Puritanismus hat insofern ungewollt zur demokratischen Entwicklung der USA beigetragen¹⁴.

Die „Christliche Rechte“

In den 70er Jahren entstand in den USA die Protestbewegung der sogenannten „Christlichen Rechten“, die sich für eine „Rechristianisierung“ Amerikas einsetzte¹⁵. Ihre Anhänger rekrutieren sich aus dem Kreis der „Evangelikalen“. Gemeint sind damit jene Gläubigen, die die Verkündigung des Evangeliums als zentrale Aufgabe betrachten, an die Unfehlbarkeit der Bibel und an die Notwendigkeit einer persönlichen Hinwendung zu Jesus Christus als einzigem Weg der Erlösung glauben und diese meist als spirituelle „Wiedergeburt“ („born again“) bezeichnen. Die Evangelikalen sind also nicht etwa eine eigenständige Kirche oder eine Konfession, sondern eine besonders konservative Richtung innerhalb der protestantischen

Kirchen. So gibt es beispielsweise unter den Baptisten die konservativen – die sich als evangelikal bezeichnen – und die eher liberalen, die sich als „Mainline Church“ bezeichnen. Aber auch die Evangelikalen selbst sind keinesfalls monolithisch. In wichtigen theologischen Fragen bestehen durchaus Auffassungsunterschiede zwischen den verschiedenen („neo-evangelikalen“, „fundamentalistischen“ und „pfingstlerisch-charismatischen“) Strömungen des Evangelikalismus¹⁶.

Der politische Arm der Evangelikalen, die „Christliche Rechte“, ist in öffentlichkeitswirksamen Organisationen wie „Focus on the Family“ oder dem „Family Research Council“ organisiert und erreicht damit mühelos einen Großteil der Bevölkerung, insbesondere in den Staaten des „Bible belt“ vom Südosten bis zum Mittleren Westen der USA. Abgesehen von den Hardlinern, die die Evolutionstheorie ablehnen oder den sogenannten Rekonstruktionisten, die die bürgerliche Gesetzgebung durch eine Art christliche Scharia ersetzen wollen, gehen ihre Forderungen auf dem Hintergrund der Religiosität vieler Amerikaner weitgehend von konsensfähigen Voraussetzungen aus.

Die politischen Institutionen, dabei insbesondere die Republikanische Partei, werden gezielt infiltriert. So werden evangelikale Kandidaten finanziell unterstützt und alle Kongreßabgeordnete von der sogenannten „Christian Coalition“ beobachtet und regelmäßig einem Rating (Bewertung) unterzogen, das ihre Haltung gegenüber Schlüsselfragen wie etwa dem Klonverbot oder der bedingungslosen Unterstützung Israels bewertet. Dies zeugt von dem hohen Organisationsgrad, den die religiöse Rechte inzwischen erreicht hat. Hing sie früher sehr stark von charismatischen Führungspersönlichkeiten wie Billy Graham, Pat Robertson oder Ralph Reed ab, so kann sie jetzt auf gewachsene Strukturen bauen. Geschult in Kaderschmieden und Trainingsseminaren, nutzt die Christliche Rechte sämtliche mediale Möglichkeiten – E-Mail, Fernseh- und Radioshows –, um auf den politischen Willensbildungsprozeß Einfluß zu nehmen.

Religionssoziologen schätzen den Anteil der weißen Evangelikalen, auf die sich die Christliche Rechte stützt, auf zwischen 23 bis 26 Prozent¹⁷; sie sind also eine interessante Wählerschicht. Bei den Präsidentenwahlen 2000 und 2004 machten die Evangelikalen rund 23 Prozent der gesamten Wählerschaft aus. Von daher ist es nicht überraschend, daß auch der „wiedergeborene Christ“ George W. Bush vor seiner Wahl im Jahr 2000 und zum Beginn seiner Präsidentschaft stark auf die religiöse Rechte setzte. Aber anders als es in Europa vor allem zu Beginn des Irakkriegs wiederholt geschah, darf George W. Bush nicht als Exponent oder gar „Marionette“ der Christlichen Rechten in den USA betrachtet werden¹⁸.

Der gegenwärtige US-Präsident hat ein primär wahlstrategisch bestimmtes Verhältnis zur Christlichen Rechten. Von Anfang an war er sich der Tatsache bewußt, daß er ohne das evangelikale Wählersegment keine Wahl- bzw. Wiederwahlchance hatte. Zugleich war ihm jedoch klar, daß er ebenso dringend die Unterstützung der anderen republikanischen Stammwählergruppen brauchte – etwa der Wirtschaftsli-

beralen, die in moralischen und religionspolitischen Fragen eher moderat eingestellt sind. Entsprechend beließ es Bush gegenüber der Christlichen Rechten bei symbolischen Gesten und personellen Zugeständnissen, die diese Klientel zufriedenstellen sollte, ohne andere Wählergruppen zu verprellen. Er unternahm hingegen keine Schritte, um etwa die Abtreibung zu verbieten, die gleichgeschlechtliche Ehe einzuschränken oder das Schulgebet wieder einzuführen.

Daß Bushs Verhältnis zur Christlichen Rechten wahlstrategisch motiviert war, zeigt sich – entgegen den Erwartungen vieler Europäer – auch in der Außenpolitik. Während die Christliche Rechte früh „den Islam“ als Inbegriff des Bösen angeprangert hatte, das die USA bekämpfen müssen, bemühte sich Bush immer wieder – insbesondere während des Afghanistan- und Irak-Feldzugs –, den Eindruck eines „Kampfs der Kulturen“, eines religiös motivierten „Kreuzzuges“ gegen den Islam zu vermeiden. Verantwortlich für die Anschläge des 11. September 2001 sei nicht „der Islam“, betonte Bush wiederholt, sondern „Terroristen“, die den Namen dieser Religion mißbrauchten.

Manche mögen dies für politische Rhetorik halten – Tatsache ist freilich, daß sich viele Anhänger der Christlichen Rechten bzw. der Evangelikalen von George W. Bush enttäuscht fühlen. Die Republikanische Partei, die Heimat der meisten Evangelikalen, verlor ihre Mehrheiten im Kongreß. Der Einfluß der Christlichen Rechten auf die Kandidaten und die Ausrichtung der Partei sank in den letzten Monaten vor der Präsidentschaftswahl im November 2008 dramatisch ab. John McCain, der Präsidentschaftskandidat der Republikaner, ist nicht dem christlich-konservativen Lager zuzurechnen. Im Gegenteil: McCain stößt bei den Evangelikalen auf Ablehnung. Er ist ihnen bei wichtigen sozialpolitischen Fragen zu liberal.

Die Demokratische Partei tut derzeit alles, um diese Situation auszunutzen. Die ehemaligen demokratischen Präsidenten Jimmy Carter und Bill Clinton luden im Februar 2008 die baptistischen Anführer des Landes zu einer Konferenz nach Atlanta ein. Die demokratischen Schwergewichte wollten mit den Kirchenoberen neu verhandeln, was die Baptisten ideologisch verbindet. Der gemeinsame Glaube an Jesus Christus sollte von traditionellen konservativen Themen wie Abtreibung entkoppelt und etwa mit Ökologie und sozialer Gerechtigkeit verknüpft werden. So hofft man nicht nur die Stimmen evangelikaler Wähler, sondern auch diejenigen der Katholiken wieder zu gewinnen. Die Katholiken, eigentlich mehrheitlich Anhänger der Demokraten, hatten bei den Präsidentschaftswahlen von 2004 ebenfalls in großer Zahl für den Protestanten George W. Bush gestimmt.

Auch der demokratische Präsidentschaftskandidat Barack Obama wittert seine Chance bei den religiösen Wählern. Als Abtreibungsbefürworter und aufgrund seiner Haltung zur gleichgeschlechtlichen Ehe galt Obama für die Christliche Rechte bislang als nicht wählbar. Aber Obama legt inzwischen großen Wert darauf, sich als vorbildlicher Christ darzustellen. In seinen Reden kommen verstärkt Werte und Themen zur Sprache, mit denen sich auch Evangelikale identifizieren können – zum

Beispiel die Bekämpfung des Klimawandels oder soziale Gerechtigkeit. Obamas Wahlkampfstrategen planen bis zu den Wahlen im November 2008 Tausende Hauspartys, Dutzende christliche Rockkonzerte, Versammlungen von Kirchenführern, Universitätsbesuche und Telefonkonferenzen, um religiös motivierte Wähler zu gewinnen. Diese Kampagne gilt inzwischen als das intensivste Werben eines demokratischen Kandidaten um evangelikale Christen. Das ehrgeizige Ziel ist, erhebliche Teile der evangelikalen Wählerschaft von ihrer historischen Verbindung zur Republikanischen Partei zu lösen. Doch dieses ehrgeizige Ziel hat auch seine Risiken: Die progressive, liberale Stammwählerschaft der Demokraten könnte damit verprellt werden.

Die Verfassung ist kein Glaubensbekenntnis

Politik und Religion sind in den USA eine historisch gewachsene, einzigartige Verbindung eingegangen. Das Verständnis von Nation der meisten Amerikaner manifestiert sich als eine Art politische Religion, die in der Lage ist, über die gesellschaftliche und politische Zersplitterung der USA hinweg eine gemeinsame Identität zu schaffen. Religiöse Symbole und Metaphern spielen in der Politik eine große Rolle, weil Religion auch im persönlichen Leben der meisten Amerikaner sehr wichtig ist. Beides ist letztlich auch die Ursache dafür, daß die evangelikalen Protestanten in den letzten Jahren so erfolgreich werden konnten.

Aber diese religiöse Dimension des Staates integriert nicht nur – sie hat auch etwas Spaltendes. Zunächst für die Europäer und andere Staaten, die den außenpolitischen Messianismus der USA nicht immer nachvollziehen können. Die religiöse Metaphorik in den Reden vieler amerikanischer Politiker wirkt außerhalb der USA befremdlich. Vor allem aber spaltet die Symbiose von Politik und Religion zunehmend auch die Amerikaner selbst. Denn nicht alle werden von ihr erfaßt.

Von katholischer Seite wird interessanterweise das Konzept der freiheitlichen Demokratie als Gegenmodell zur amerikanischen Zivilreligion verteidigt. Der Jesuit John C. Murray plädierte schon in den 50er Jahren dafür, daß die Sphären von Religion und Politik sauber voneinander getrennt bleiben müßten¹⁹. Die amerikanische Republik verdiene zwar die volle Loyalität der Katholiken, aber die Verfassung sei kein Glaubensbekenntnis, sondern ein Instrument zur Sicherung des Friedens. Auch andere fühlen sich ausgeschlossen. Zivilreligiöse oder evangelikale Haltungen finden sich vorwiegend bei den sogenannten „WASPs“, den „White Anglo-Saxon Protestants“, einer Bevölkerungsgruppe mit den Merkmalen weiß, protestantisch und angelsächsischer Abstammung. Andere soziale Gruppen kommen damit nicht unbedingt zurecht: die Unterschichten in den Elendsvierteln der Großstädte und auf der Straße, ethnische Minderheiten wie Schwarze, Latinos und Asiaten. Der „American Dream“ ist für diese Bevölkerungsgruppen Illusion geblieben.

ANMERKUNGEN

- ¹ Die Zugehörigen zur hispanischen Bevölkerungsgruppe gelten in statistischen Erhebungen der USA nicht als ethnische Gruppe („race“), sondern werden über ihre Herkunft aus Lateinamerika und der Karibik bzw. über ihre spanische Muttersprache definiert.
- ² Zur Rechtsprechung des Supreme Court vgl. J. Hitchcock, *The Supreme Court and Religion in American Life*. 2 Bde. (Princeton 2004).
- ³ Vgl. <http://pewforum.org/religion-politics/>
- ⁴ A. de Tocqueville, *Über die Demokratie in Amerika*. Zweiter Teil. Werke u. Briefe, 2 Bde. (Stuttgart 1959/62) 18.
- ⁵ R. N. Bellah, *Civil Religion in America*, in: *Daedalus. Journal of the American Academy of Arts and Sciences*, 96 (1967) 1–21.
- ⁶ H. Melville, *White-Jacket* (New York 1892) Kap. 36.
- ⁷ Dazu ausführlich K. Stüwe, *Die Inszenierung des Neubeginns* (Wiesbaden 2004) 81 ff.
- ⁸ D. W. Brogan, *Der amerikanische Charakter* (Stuttgart 1947).
- ⁹ L. Hartz, *The Liberal Tradition in America: An Interpretation of American Liberal Thought since the Revolution* (New York 1955) 16.
- ¹⁰ J. G. A. Pocock, *The Machiavellian Moment: Florentine Political Thought and the Atlantic Republican Tradition* (Princeton 2003).
- ¹¹ Vgl. B. Bailyn, *The Ideological Origins of the American Revolution* (Cambridge 1967).
- ¹² R. M. Smith, *Beyond Tocqueville, Myrdal, and Hartz: The Multiple Traditions in America*, in: *The American Political Science Review* 87 (1993) No. 3, 549–566; vgl. M. Brocker, *Protest – Anpassung – Etablierung. Die Christliche Rechte im politischen System der USA* (Frankfurt 2004) 36.
- ¹³ Vgl. D. Boorstin, *The Americans*, Bd. 1 (New York 1958) 5.
- ¹⁴ Vgl. H. Vorländer, *Hegemonialer Liberalismus. Politisches Denken u. politische Kultur in den USA 1776–1920* (Frankfurt 1997) 113 ff.
- ¹⁵ Zum Folgenden vgl. M. Brocker, *Die Christliche Rechte in den USA*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 6* (2007) 24 ff.
- ¹⁶ Vgl. Brocker (A. 12).
- ¹⁷ Vgl. Cl. Wilcox, *Onward Christian Soldiers? The Religious Right in American Politics* (Boulder, Col. 2000) 45 ff.; J. Cochran, *New Heaven, New Earth*, in: *Congressional Quarterly* vom 17. 10. 2005, 2773.
- ¹⁸ Vgl. auch M. Brocker, *Europäische Mißverständnisse über die öffentliche Präsenz von Religion in den USA*, in: *Politische Religion u. Religionspolitik*, hg. v. G. Besier u. H. Lübke (Göttingen 2005) 145–166.
- ¹⁹ J. C. Murray, *We Hold These Truths* (New York 1960).